



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 15.06.2023, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 33. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 11.05.2023
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Informationen des Vorsitzenden
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1 Aktueller Stand Haushaltsplanung 2024/2025
 - 7.2 Informationen zu den Wochenmärkten
 - 7.3 Sonstige Informationen
- 8 Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 8.1 **Vorlage:** BV/0868/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei
Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2021

- 8.2 **Vorlage:** BV/0869/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei
Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2021
- 8.3 **Vorlage:** BV/0878/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei
6. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde
- 9 Informationsvorlagen
- 10 Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
- 10.1 **Anfrage:** AF/0113/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Herr Markmann
Nichtöffentlichkeit Tierparkspenden
- 10.2 **Anfrage:** AF/0114/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Herr Markmann
Nichtöffentlichkeit von Grundstücksgeschäften zwischen öffentlichen Trägern
- 10.3 **Anfrage:** AF/0115/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion Alternative für Deutschland
Verbandsumlage des Zweckverbands Region Finowkanal
- 10.4 **Anfrage:** AF/0117/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Herr Thörmer
Konzeptfortschreibung Familiengarten - Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
- 10.5 **Anfrage:** AF/0118/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim
Anfrage zur Haushaltssituation

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Passoke, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF), eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Monique Komisarzik als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Herr Matthias Buch wurde als sachkundiger Einwohner abberufen.

Des Weiteren begrüßt Herr Passoke alle Anwesenden zur heutigen Hybridsitzung des AWF, an der laut der von ihm auf der Grundlage des § 34 Absatz 1a der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) genehmigten begründeten Anträge folgende Ausschussmitglieder per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

Teilnehmer/in	stimmberechtigt	gem. Antrag vom:	und Genehmigung vom:
Herr Dietterle	X	07.06.2023	08.06.2023
Herr Markmann		14.06.2023	15.06.2023

Herr Passoke fragt die per Video zugeschalteten Ausschussmitglieder, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Teilnehmer/in	Audioübertragung:	Videoübertragung:
Herr Dietterle	ja	ja
Herr Markmann	ja	ja

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Passoke stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschlussfähig ist.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung sind **11 stimmberechtigte Mitglieder**, 10 in Präsenz und 1 Mitglied per Video zugeschaltet, anwesend (**Anlage 1**).

Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 33. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 11.05.2023

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung beantragt, die Tagesordnung dahingehend zu erweitern, dass vor dem Tagesordnungspunkt 7 „Informationen aus der Stadtverwaltung“ ein neuer Tagesordnungspunkt mit dem Titel „Auswirkungen der Haushaltssperre“ aufgenommen werden soll.

Herr Passoke übergibt das Wort an Herrn Berendt.

Herr Berendt begründet die Eilbedürftigkeit und erklärt, dass die Verwaltung deshalb dringend über die aktuelle Situation und die Auswirkungen auf Grund der Haushaltssperre informieren möchte, weil die Stadtverordnetenversammlung bereits informiert worden ist, jedoch nicht dieser Fachausschuss. Des Weiteren liegen einige Anträge zum Umgang mit der Haushaltssperre aus dem politischen Raum vor. Aus Sicht der Verwaltung ist es angezeigt, die Ausschussmitglieder umfangreich noch vor dem Tagesordnungspunkt „Informationen aus der Stadtverwaltung“ zu informieren, um genug Zeit für Rückfragen, Debatten und Diskussionen zu geben.

Der Aufnahme des neuen Tagesordnungspunktes „Auswirkungen der Haushaltssperre“ stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Die Nummerierung wird dahingehend angepasst.

Herr Passoke teilt mit, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 7.2 „Informationen zu den Wochenmärkten“ aus terminlichen Gründen von der Tagesordnung nimmt.

Weiterhin wird mitgeteilt, dass die Anfragen AF/0113/2023 „Nichtöffentlichkeit Tierparkspenden“ und AF/0114/2023 „Nichtöffentlichkeit von Grundstücksgeschäften zwischen öffentlichen Trägern“, Einreicher Herr Markmann, sachkundiger Einwohner, den Ausschussmitgliedern zugesandt worden sind.

Die Anfragen AF/0115/2023 „Verbandsumlage des Zweckverbands Region Finowkanal“ der Fraktion Alternative für Deutschland, AF/0117/2023 „Konzeptfortschreibung Familiengarten – Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen“ des sachkundigen Einwohners Herrn Thörmer und die Anfrage AF/0118/2023 „Anfrage zur Haushaltssituation“ der Fraktion FDP | BFB wurden vor Sitzungsbeginn verteilt.

Die Anfragen sind somit Bestandteil der Tagesordnung.

Herr Zinn fragt, ob die Verwaltung beabsichtigt, im öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Teil der AWF-Sitzung über die heutige Informationsveranstaltung der potentiellen Investoren des Kranbaus zu informieren.

Herr Berendt sagt, dass nach seinem Kenntnisstand in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur aktuellen Situation im Kranbau informiert wird.

Der Tagesordnung wird mit o. g. Änderungen einstimmig zugestimmt.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen vorgetragen.

TOP 7

Auswirkungen der Haushaltssperre

Frau Rasch informiert zur Haushaltssperre 2023 mit einer Präsentation (**Anlage 2**).

Herr Ortel fragt, wie lange die Haushaltssperre bestehen wird.

Frau Rasch erklärt, dass die Ämter derzeit für die Aufarbeitung des Haushaltsjahres 2023 bis zum 16.06.2023 Zuarbeiten an die Kämmerei leisten, die Zuarbeiten werden ausgewertet und in einem ersten Entwurf eines Haushaltsnachtrages zusammengestellt. Parallel dazu wird geprüft, welche Veränderungen sich für die Planzahlen des neuen Haushaltes ergeben. Der Nachtragshaushalt und der neue Haushalt müssen ordnungsgemäß aufgestellt werden.

Herr Maskow möchte wissen, ob über das mögliche Einsparpotential eine Aussage getroffen werden kann.

Herr Berendt teilt mit, dass er dazu keine Aussage treffen kann, da die Fachämter noch bis zum 16.06.2023 ihre Ansätze überprüfen, er kann aber über seinen Arbeitsbereich sagen, dass hier einige Einsparmöglichkeiten identifiziert werden konnten. Herr Berendt sagt, dass bis zur Stadtverordnetenversammlung erste Erkenntnisse über Sparpotentiale vorliegen könnten.

Frau Rasch sagt ergänzend, dass momentan die Einsparungen aus dem Ergebnishaushalt zusammengetragen werden. Um einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen zu können, wird es auch notwendig sein, den Investitionshaushalt zu hinterfragen. Für den Haushaltsentwurf 2024/2025 sind die Fachämter aufgefordert, bis zum 30.06.2023 mögliche Einsparungen an die Kämmerei zu melden. Die Kämmerei wird diese Zahlen verarbeiten, um anschließend aussagekräftige Zahlen vorlegen können.

Frau Kersten erkundigt sich, ob es eine aktuellere Übersicht der Investitionen mit den offenen Investitionsaufwendungen gibt, im Jahr 2022 hatte die Verwaltung auf Wunsch der Fraktionen so eine Aufstellung vorgelegt.

Herr Berendt informiert, dass eine derartige Übersicht zurzeit erstellt wird. Er sagt weiterhin, dass sich die verschiedensten Maßnahmen mit einem hohen Anteil an Fördermitteln hinterlegen lassen. Es ist eine schwierige Abwägung, aus welchem Fördertopf auf welche Mittel verzichtet werden soll. Ein solcher Verzicht kann zur Folge haben, dass die Stadt Eberswalde in den zukünftigen Jahren nicht mehr an bestimmten Förderprogrammen teilhaben könnte. Die Stadt Eberswalde ist an den

Maßnahmen mit ca. ein Drittel Eigenmittel und zwei Dritteln Fördermittel beteiligt. Herr Berendt sagt, dass die Verwaltung Vorschläge machen wird, um den Schaden für die Stadt Eberswalde, der sich daraus ergeben könnte, möglichst gering zu halten.

Herr Rennert hinterfragt, ob Beschlüsse für die vielfältigen Baumaßnahmen nicht auch im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen finanztechnisch beleuchtet werden sollten; er könnte sich vorstellen, eher eine zukünftige Baumaßnahme, die erst in einigen Jahren beginnen würde, aus dem Haushalt zu streichen, bevor eine aktuelle kulturelle Maßnahme auf Grund der Haushaltssperre wegfallen müsste.

Herr Berendt antwortet, dass natürlich auch im Baudezernat die Maßnahmen hinsichtlich Einsparpotential sehr intensiv geprüft werden. In der Vergangenheit war die Anreicherung des Portfolios an Baumaßnahmen gerechtfertigt, denn in den Vorjahren hatten sich Erträge und Aufwand im Gleichklang entwickelt, dieser Gleichklang funktioniert derzeit nicht mehr. Es ist jetzt die Aufgabe der Verwaltung gemeinsam mit der Politik abzuwägen, mit welchen kulturellen und investiven Maßnahmen die Stadt unter Berücksichtigung der vorhandenen Rahmenbedingungen gestaltet werden kann.

Herr Thörmer hält fest, dass die Höhe der Ermächtigungsübertragungen schon lange ein Thema im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sei. Von den verplanten 40 Mio. Euro pro Jahr im investiven Haushalt werden rückwärts betrachtet immer nur ca. 10 Mio. Euro verbaut. Es gab in den letzten Jahren von der Verwaltung dazu keine Erklärung, wie dieses Ungleichgewicht reduziert werden könnte. Er weiß, dass auf den Investitionshaushalt der Schwerpunkt gelegt wird. Herr Thörmer fragt, ob einzelne Positionen mit einem Sperrvermerk versehen werden und diese dann außerhalb des Planungszeitraumes gelegt werden können, um den o. g. Folgen aus dem Weg zu gehen.

Herr Berendt erklärt, dass Mittelsperren vorgenommen werden können, diese aber keine haushalterischen Auswirkungen haben, da die Mittel im Haushalt dargestellt werden müssen. Das würde nichts an der Liquidität ändern. Auf das angesprochene Ungleichgewicht zwischen Planung und Realisierung bei Ermächtigungsübertragungen eingehend, sagt Herr Berendt, dass es immer der Antrieb der Stadt war, mit Blick auf die Fördermittellandschaft sich so breit wie möglich aufzustellen. Häufig waren in Förderprogrammen, die Zeitfenster für die Auskehrung der Förderungen, nicht absehbar. Durch die Verschiebung der Fördermittelauskehrung kam es zu einem Aufwuchs an Projekten, deren Maßnahmebeginn zeitlich verschoben wurden.

Herr Zinn fragt, ob es im Zusammenhang mit der Haushaltssperre zu Steuererhöhungen kommen könnte; möchte wissen, ob eine Aufhebung der Haushaltssperre auf Antrag der Fraktionen rechtliche Konsequenzen für die Stadtverordneten hätte; fragt, ob eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zu dieser Thematik im Juli 2023 vorgesehen ist.

Herr Berendt sagt, dass es in dieser schwierigen Situation der Haushaltssperre dazugehört, auf die Aufwandsseite und den Umfang der Investitionen zu schauen, aber im Gesamtprozess auch sämt-

liche Ertragssituationen offengehalten und hinterfragt werden. Dazu gehört auch der Aspekt der Steuern. Der Kämmerer kann keinen Aspekt von vornherein ausschließen bzw. festlegen.

Herr Berendt führt aus, auf eine mögliche Rücknahme der Haushaltssperre durch die Stadtverordneten eingehend, dass die haushalterische Lage dann ab sofort und auch mittelfristig sehr prekär ist und ein Entwurf einer Haushaltssatzung zum 01.01.2024 nicht fristgerecht vorgelegt werden kann. Die Stadt Eberswalde würde dann in eine vorläufige Haushaltsführung gehen. Von diesem Zeitpunkt an geht die Haftung für sämtliche Schäden, die der Stadt daraus entstehen, auf die Stadtverordneten über.

Herr Berendt teilt mit, dass derzeit keine Sondersitzung im Juli angedacht ist.

Frau Kersten fragt, inwieweit die Gewerbesteuer berücksichtigt wurde und hält fest, dass eine Haushaltskritik auch ohne Haushaltssperre durchgeführt werden kann.

Frau Rasch erklärt, dass die Kämmerei sich hinsichtlich der Gewerbesteuern an den Steuerschätzungen orientiert, um qualifizierte Zahlen im Haushalt zu haben. Die Kämmerei schaut dabei aber auch auf die in den Vorjahren gezahlten Steuern. Sie versuchen realistisch an die Planung heranzugehen.

Herr Berendt teilt mit, dass der Kämmerer vor Aussprechen der Haushaltssperre intern eine Weisung erlassen hat, in der die Ämter gebeten wurden, ihre Haushaltsansätze zu überprüfen. Aber die Ergebnisse aus dieser Weisung waren nicht ausreichend, um einen genehmigungsfähigen Entwurf einer Haushaltssatzung aufzustellen. Weiterhin teilt er mit, dass derzeit eine qualifizierte Aufgabenkritik vorbereitet wird.

TOP 8

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 8.1

Aktueller Stand Haushaltsplanung 2024/2025

Herr Berendt informiert, dass sich die Haushaltsplanung 2024/2024 leicht verzögert, da derzeit vorrangig der 2. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2023 vorbereitet werden muss.

TOP 8.3

Sonstige Informationen

Herr Berendt

- informiert, dass der 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2023 noch einmal im Amtsblatt (in der Juni-Ausgabe) erscheinen wird; ein Hinweis der Kommunalaufsicht machte eine erneute

Veröffentlichung notwendig, es fehlte bei der ersten Veröffentlichung der konkrete Hinweis (Ort und Dauer) zur Möglichkeit der Einsichtnahme

- berichtet über den aktuellen Stand zum Wohngeld Plus; weiterhin wird ein leichter Anstieg im Bereich der Wohngeldanträge beobachtet; die Antragszahlen sind um etwa 50 % im Vergleich zum Jahresanfang gestiegen; pro Monat erreichen die Verwaltung ca. 100 Erst- und Folgeanträge, derzeit haben fünf Sachbearbeiter ca. 240 Fälle in Betreuung, während in der Vergangenheit vier Sachbearbeiter ca. 200 Fälle in ihrer Betreuung hatten; die Entwicklung der Zahlen wird weiterhin beobachtet
- geht auf Anfragen zu Öffnungszeiten des Standesamtes ein; erklärt, dass das Standesamt hinsichtlich der Sprechzeiten in den letzten Monaten immer wieder kurzfristig schließen musste, was der prekären Personalsituation geschuldet ist; ab Juli könnte diese Situation geheilt werden, denn eine im Standesamt vakante Stelle konnte besetzt werden; ab Juli sollte somit eine deutliche Stabilisierung im Standesamt Eberswalde eintreten

TOP 9

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 9.1

Vorlage: BV/0868/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei

Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2021

Herr Berendt führt in die Beschlussvorlage ein, begleitend durch eine Präsentation (**Anlage 3**).

Frau Kersten sagt, dass ihr unter IV/44 eine Zahl zum Eiszeiterlebnispfad aufgefallen ist, hier werden Kosten in Höhe von 247.000,00 Euro veranschlagt, die Ermächtigungsübertragung beträgt dann aber 540.000,00 Eur. Sie bittet um eine Erklärung.

Frau Rasch nimmt die Frage zur Klärung mit, um die Zahlen zu hinterlegen.

Im Ergebnis der Diskussion wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschlusstext:

Beschlussvorschlag:

Der geprüfte Jahresabschluss der Stadt Eberswalde per 31.12.2021 wird beschlossen.

TOP 9.2

Vorlage: BV/0869/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei

Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2021

Herr Berendt führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Frau Kersten erinnert daran, dass mit dieser Beschlussvorlage der ehemalige Bürgermeister, Herr Boginski entlastet werden soll, dem noch ein Ermittlungsverfahren anhängig ist. Es ist auch nicht bekannt, ob dieses Verfahren haushalterische Auswirkungen hatte. Sie bittet aus diesem Grund, die Beschlussvorlage zurückzustellen bis konkrete Ergebnisse vorliegen.

Herr Berendt sagt, dass die Verwaltung über dieses Ermittlungsverfahren keine Kenntnisse hat. Er stellt fest, dass es mit dem Haushalt 2021 keinerlei Berührungspunkte gibt. Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss ordnungsgemäß geprüft und empfiehlt die uneingeschränkte Entlastung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Beschlusstext:

Beschlussvorschlag:

Dem Bürgermeister wird nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf die uneingeschränkte Entlastung für den Jahresabschluss 2021 der Stadt Eberswalde erteilt.

TOP 9.3

Vorlage: BV/0878/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei

6. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde

Herr Berendt führt in die Beschlussvorlage ein. Er erklärt, um auch weiterhin genügend Gewinner im Bürgerbudget prämiieren zu können, schlägt die Verwaltung vor, das Gesamtvolumen für einen einzelnen Vorschlag zu minimieren. Die Verwaltung möchte so das Spektrum an Vorschlägen, die bei dem entsprechenden Abstimmungsverfahren gewinnen könnten, auf einem ähnlich hohen Niveau - wie in den Jahren zuvor - halten. Die Kämmerei hat die vorliegenden Vorschläge hinsichtlich des Volumens bewertet und hat festgestellt, dass ein großer Anteil der derzeit vorliegenden Vorschläge mit diesem neu vorgeschlagenen Finanzvolumen realisierbar wäre.

Herr Trieloff stellt zur Beschlussvorlage den Änderungsantrag, das Gesamtvolumen für einen einzelnen Vorschlag auf 12.000,00 Euro zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsvorschlag: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Beschlusstext:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde.

Herr Ortel verlässt die Sitzung um 21:09 Uhr. Es nehmen noch **10 stimmberechtigte Mitglieder** am Ausschuss teil.

TOP 10

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 11

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 11.1

Anfrage: AF/0113/2023

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Herr Markmann

Nichtöffentlichkeit Tierparkspenden

Die Beantwortung der Anfrage haben die Ausschussmitglieder vor Sitzungsbeginn erhalten.

TOP 11.2

Anfrage: AF/0114/2023

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Herr Markmann

Nichtöffentlichkeit von Grundstücksgeschäften zwischen öffentlichen Trägern

Die Beantwortung der Anfrage wurde den Ausschussmitgliedern vor Sitzungsbeginn übergeben.

TOP 11.3

Anfrage: AF/0115/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion Alternative für Deutschland

Verbandsumlage des Zweckverbands Region Finowkanal

Die Anfrage AF/0115/2023 und die Beantwortung der Anfrage erhielten die Ausschussmitglieder als Tischvorlage.

TOP 11.4

Anfrage: AF/0117/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Herr Thörmer

Konzeptfortschreibung Familiengarten - Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen

Die Anfrage AF/0117/2023 wurde vor Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder übergeben.

Herr Thörmer fragt:

- Gibt es aktuell konkrete Überlegungen/Maßnahmen den Zuschussbedarf zu reduzieren und ggf. welche?
- Sofern es entsprechende konkrete Überlegungen/Maßnahmen (noch) nicht gibt, sind diesbezügliche Untersuchungen/Analysen geplant und ggf. welche und wann?

Herr Berendt beantwortet die Fragen wie folgt:

Die Verwaltung ist immer bestrebt, den Zuschussbedarf so gering wie möglich zu halten. Aus diesem Grund versucht der Familiengarten primär die Einnahmesituation zu verbessern. Dies kann vorrangig nur durch eine Besuchs- bzw. Besuchererhöhung gelingen, sowohl im Park als auch im Veranstaltungsbereich. Daher sucht die Amtsleitung des Familiengartens den Kontakt zu Veranstaltern (siehe u.a. auch Schlagernacht), welche besucherwirksame Events organisieren. Auf der anderen Seite werden auch eigene Highlights (Halloween, Zuckertütenfest) organisiert. Auch die Etablierung des Grünen Klassenzimmers soll dazu führen, dass der Park auch öfter (dann in der Freizeit) frequentiert wird.

Leider sind jedoch auch weitere Investitionen, die die Ausgabenseite berühren, notwendig, so dass die positive Entwicklung der Besucherzahlen sich nicht zwangsläufig widerspiegelt. Hier sei beispielsweise nur an die dringend nötige neue Bestuhlung, die Verbesserung der technischen Anlagen, aber auch die personelle Umstrukturierung (aus Arbeitsgelegenheiten, sog. MAE-Maßnahmen, wurden reguläre Personalstellen) erinnert. Die Gärtnerin war laut INIK im Bauhof angestellt, der Vorarbeiter im Amt für Beschäftigungsförderung, die beiden Kolleginnen aus dem Grünen Klassenzimmer waren dem operativen Dienst zugeordnet. Diese Stellen sind nunmehr im Familiengarten angesiedelt, so dass die Personalkosten den erhöhten Zuschussbedarf beschreiben.

Die Steigerung der Attraktivität des Familiengartens, die u.a. über die Schaffung neuer Angebote (z. B. Umweltbildungsangebote für Gruppen) und weiterer Attraktionen (z. B. Errichtung von Erholungs- und Spielmöglichkeiten, wie Tischtennisplatten, Hängematten, Strandkörbe usw.) umsetzbar sind, sollen in den Haushaltsplanungen für die Folgejahre berücksichtigt werden. Eine stetige Weiterentwicklung des Areals ist das erklärte Ziel des Familiengartenteams.

Herr Thörmer fragt nach, ob es konkrete Vorschläge von der Stadtverwaltung zur Reduzierung des Zuschussbedarfes geben wird, über die in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden kann. Er meint, dass die finanzielle Betrachtung etwas zu kurz gekommen ist in der Beantwortung.

Herr Berendt sagt, dass Vorschläge von den Mitarbeitern, die den Familiengarten bewirtschaften, erwartet werden. Es werden Ideen und Maßnahmen erwartet, welche die Attraktivität des Familiengartens erhöhen, die kostenneutral sind und im Idealfall einen Ertragsmehrwert generieren. Verwaltungintern wird man sich dann die Zahlen und das Gesamtangebot ansehen und entscheiden, wie gemeinsam mit dem politischen Raum über die Entwicklung des Familiengartens diskutiert werden kann.

TOP 11.5

Anfrage: AF/0118/2023 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim

Anfrage zur Haushaltssituation

Die Anfrage AF/0118/2023 wurde vor der Sitzung an die Ausschussmitglieder übergeben.

Herr Trieloff bittet um mündliche Beantwortung der Fragen im heutigen Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, die möglich sind. Da die Anfrage erst kurz vor Sitzungsbeginn in der Verwaltung vorgelegen hat, bittet er um eine schriftliche Beantwortung der übrigen Fragen bis zum nächsten Hauptausschuss, spätestens jedoch bis zur Stadtverordnetenversammlung.

1. Der Kämmerer wird gebeten, die in der StVV vom 30.05.2023 präsentierte Entwicklung der Liquidität bis 2028 detailliert zu erläutern und insbesondere das zugrundeliegende Zahlenwerk (ggf. durch eine entsprechende Handreichung) vorzustellen.

Herr Berendt erklärt, dass er dazu ausführlich unter dem Tagesordnungspunkt 7. „Auswirkungen der Haushaltssperre“ informiert hat.

2. Die Haushaltsplanung für 2022/2023 weist Ermächtigungsübertragungen i. H. von ca. 28 Mio. Euro aus. Der Kämmerer wird gebeten, den wesentlichen Stand (Saldo & Abarbeitungserwartung für die nächsten Jahre) darzulegen.

Herr Berendt wird die Frage zur Beantwortung in die Verwaltung mitnehmen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, die durchschnittliche Auslastung des Stellenplanes in der laufenden Haushaltsperiode vorzulegen und eine diesbezügliche Einschätzung für die nächsten Jahre abzugeben.

Herr Berendt führt dazu aus, dass der Stellenplan eine durchschnittliche Auslastung von 98,2 % ausweist. Mit Blick auf den Anteil der Besetzung der Stellen mit Personen, die in Teilzeit ihre Arbeit verrichten, beträgt die Auslastung 96 % der Stellen (Stichtag 31.05.2023). Auf die absehbare Fluktuation in der Verwaltung in den nächsten Jahren ist eine deutliche Verjüngung des Personalbestandes zu erwarten, auch mit deutlich größeren Teilzeitanteilen. Damit wird eine deutlich größere Varianz in der Stellenauslastung da sein, die sich von Tag zu Tag ändern kann und somit zu permanenten Änderungen führt.

Herr Trieloff bittet um eine genauere Darstellung der Auslastung des Stellenplanes für die laufenden Haushaltsperiode.

Herr Berendt wird sich dazu mit Herrn Trieloff noch einmal abstimmen.

Herr Trieloff ist nicht der Meinung, dass die Frage 1 beantwortet wurde, es ist ihm zu wenig, dass nur das Defizit fortgeschrieben wird. Er bittet um detailliertere Angaben.

Herr Berendt und Herr Trieloff werden sich dazu verständigen.

11.6 Herr Zinn:

- weist darauf hin, dass die Stellenausschreibung für die Sachgebietsleitung Tourismus im Amt für Tourismus und Familiengarten heute veröffentlicht wurde
- fragt, ob der Auszug der Notrufzentrale aus dem Gebäude der Berufsfeuerwehr der Stadt Eberswalde Konsequenzen für die Haushaltsplanung 2024/2025 hat
- gibt den Hinweis, dass sich heute die Investoren des Kranbau Eberswalde den Mitarbeitern vorstellen werden; vermutet, dass im kommenden Hauptausschuss die Stadtverordneten Erhalt und zur Weiterführung des Kranbau Eberswalde unterrichtet werden

11.7 Frau Funk:

- fragt, ob es geplant ist, das Gutachten zu einem Umsetzungskonzept Finowkanal, die MOZ berichtete darüber, auch in Eberswalde zu diskutieren

Herr Berendt wird sich in der Verwaltung erkundigen.

11.8 Herr Rennert:

- fragt, ob es möglich ist, die Auswertung der Zahlen, die sich aus den Zuarbeiten der Ämter bis zum 16.06.2023 ergeben und der StVV vorgelegt werden, auch den sachkundigen Einwohnern zur Verfügung zu stellen

Herr Berendt sagt, dass es nicht möglich sein wird, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eine qualifizierte Übersicht vorzulegen. Wenn verlässliche Daten vorliegen, sich die Erkenntnisse daraus gefestigt haben und klar ist, wie damit umzugehen ist, dann wird die Verwaltung die Stadtpolitik einbinden und hier gehören auch die sachkundigen Einwohner des AWF mit dazu.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 21:37 Uhr geschlossen.

gez. Passoke
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

gez. Heilmann
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die Kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

